

Sparen und Herrschen

Hans-Jürgen Bieling

Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU

Kai Eicker-Wolf, Klemens Himpele

Die Schuldenbremse als politisches Projekt

Sabine Reiner

Gutes Leben und gute Arbeit weggespart

Kai Marquardsen

Eigenverantwortung ohne Selbstbestimmung?
Zum Verhältnis von „Autonomie“ und Heteronomie
in der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik

Margit Mayer

Das neue Elend der US-Städte: eine avancierte Form des Klassenkampfes von oben

Sabah Alnasseri

Revolutionäre ernten die Früchte selten:
Der 17. Bouazizi 2010

Ingar Solty

Krieg gegen einen Integrationsunwilligen?
Die politische Ökonomie des libyschen Bürgerkriegs und der westlichen Intervention im Kontext der Krise des globalen Kapitalismus

Heide Gerstenberger

Atalanta: Militär gegen Piraterie



PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Heft 163 – 41. Jahrgang 2011, Nr. 2

Die PROKLA wird herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.«, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt.

Redaktion: *Alex Demirović, Silke van Dyk, Michael Heinrich* (geschäftsführend, presserechtlich verantwortlich), *Martin Kronauer, Henrik Leubn, Stephan Lessenich, Sabine Nuss, Thomas Sablowski, Stefan Schmalz, Dorothea Schmidt*

Redaktionsbeirat: *Margit Mayer, Klaus Müller, Urs Müller-Plantenberg, Christoph Scherrer, Rudi Schmidt, Günter Thien, Ulf Kadritzke, Gudrun Trautwein-Kalms*

In der Zeitschrift PROKLA werden seit 1971 Themen aus den Bereichen der Politischen Ökonomie, der Politik, Sozialgeschichte und Soziologie bearbeitet. Im Zentrum stehen dabei gesellschaftliche Machtverhältnisse, Polarisierungen im internationalen System und das gesellschaftliche Naturverhältnis. Die Hefte werden jeweils nach thematischen Schwerpunkten zusammengestellt.

Der Inhalt der letzten Hefte ist auf den letzten Seiten aufgelistet. Die Schwerpunkte der nächsten Nummern (siehe auch die Call for Papers unter www.prokla.de) sind:

PROKLA 164	September	2011	Kritik der ökonomischen Theorie
PROKLA 165	Dezember	2011	Gesellschaftstheorie
PROKLA 166	März	2012	Deutschland

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Eine Haftung kann nicht übernommen werden. Die Beiträge sollten sich in einem Umfang von 12-25 Seiten (max. 50.000 Zeichen) halten (amerikanische Zitierweise, Bibliographie am Ende des Texts, ein Merkblatt zur formalen Gestaltung der Artikel kann von unserer Website www.prokla.de heruntergeladen werden). Manuskripte bitte stets in elektronischer Form an redaktion@prokla.de einsenden.

Die PROKLA erscheint regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 640 Seiten. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement 9,50 €, im Einzelverkauf 14 €. Abonnements erhalten Sie über eine Buchhandlung oder über den Verlag (Postkarte im Innern des Hefts). Wenn Sie über den Verlag abonnieren, erhalten Sie von einer Versandbuchhandlung, die mit dem Verlag kooperiert, eine Vorausrechnung für die nächsten Hefte (38,- € plus Porto). Nach Bezahlung erhalten Sie die Hefte jeweils nach Erscheinen sofort zugeschickt.

Postanschrift: PROKLA-Redaktion, Postfach 100 529, D-10565 Berlin
Tel.: (030) 3 95 66 22; E-mail: redaktion@prokla.de
PROKLA im Internet: <http://www.prokla.de>

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster,
Telefon (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50,
E-mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet:<http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald,
Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-mail: bestellservice@germinal.de

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16
D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33,
Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39; E-mail: R.Eckert@prolit.de

© 2011 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten.
Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Hamburger Edition „Mittelweg“ bei.

ISSN 0342-8176

ISBN 978-3-89691-363-0

Sparen und Herrschen

<i>PROKLA-Redaktion</i> : Editorial	168
<i>Hans-Jürgen Bieling</i> : Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU	173
<i>Kai Eicker-Wolf, Klemens Himpele</i> : Die Schuldenbremse als politisches Projekt	195
<i>Sabine Reiner</i> : Gutes Leben und gute Arbeit weggespart	213
<i>Kai Marquardsen</i> : Eigenverantwortung ohne Selbstbestimmung? Zum Verhältnis von „Autonomie“ und Heteronomie in der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik	231
<i>Margit Mayer</i> : Das neue Elend der US-Städte: eine avancierte Form des Klassenkampfes von oben	253

Umbruch in der arabischen Welt

<i>Sabah Alnasseri</i> : Revolutionäre ernten die Früchte selten: Der 17. Bouazizi 2010	273
<i>Ingar Solty</i> : Krieg gegen einen Integrationsunwilligen? Die politische Ökonomie des libyschen Bürgerkriegs und der westlichen Intervention im Kontext der Krise des globalen Kapitalismus	295

Außerhalb des Schwerpunkts

<i>Heide Gerstenberger</i> : Atalanta: Militär gegen Piraterie	317
<i>Summaries</i>	335
<i>Zu den AutorInnen</i>	337

Editorial: Sparen und Herrschen

„Sparen und Herrschen“ war der Titel eines Aufsatzes von Josef Esser und Wolfgang Fach (1983), mit dem die Autoren auf die Krise des sozialdemokratischen Modells Deutschland und den Übergang zur konservativ-liberalen Regierung reagierten, also den Beginn der neoliberalen Wende, in deren Zentrum die Haushaltskonsolidierung, die Senkung der Staatsquote und die Senkung der Steuern stehen sollte. Instruktiv an den Überlegungen von Esser und Fach war, dass sie, anders als andere materialistische Autoren, nicht so sehr die politische Ökonomie des Steuerstaates in den Blick nahmen (vgl. dazu PROKLA 154 *Mit Steuern steuern* sowie die Texte von Michael Krätke in PROKLA 82 und PROKLA 65), sondern das Moment von Herrschaft. Ihre These war: „*Sparen ist Herrschen*“ (Esser/Fach 1983: 444). Ihr Aufsatz registriert und betont sehr bewusst die fiskalpolitische Wende, die mit dem noch von der SPD verantworteten Staatshaushalt für 1982 in Gang gesetzt wurde, und in deren Kontinuität sich auch heute nach dreißig Jahre immer noch und in radikalerer Form die politischen Entscheidungen bewegen. Der Haushalt, so war es das erklärte Programm von Finanzminister Matthöfer, sollte umgelenkt werden von konsumtiven Ausgaben hin zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Entsprechend wurde das Steuersystem auf Wettbewerbsfähigkeit, Investition und Innovation hin ausgerichtet. Im Sozialbereich wurde gekürzt (bei Kindergeld, Sozialhilfe, Arbeitsförderung und im öf-

fentlichen Dienst), die Lohnnebenkosten und indirekte Steuern wurden erhöht. Die Absetzbarkeit von Betriebswagen wurde verbessert – eine für das Luxussegment der Automobilindustrie bis auf den heutigen Tag wichtige Subvention. Diese Maßnahmen wurden, wie das *Handelsblatt* damals schrieb, von der kleinen Oligarchie der Spitzenpolitiker in der Regierung und an der Spitze der Fraktionen erzwungen. Die Abgeordneten von SPD und FDP wurden mit der drohenden Auflösung der Koalition erpresst. Die Parteien hätten zu lernen, wieder dem Staat zu dienen; Dissidenten, die Bewegungen mobilisieren und ihre Parteien unter Druck setzen könnten, müssten diszipliniert werden.

Den Herrschaftsakt sahen die beiden Autoren in den disziplinierenden Folgen der neuen fiskalpolitischen Orientierung. Denn zwangsläufig mußte es zu Kürzungen kommen. Diese Kürzungen wurden orchestriert mit Diskursen, die seitdem aus der Politik der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken sind. Da ist einmal der Diskurs der zu hohen staatlichen Ausgaben, der sich seitdem in einer Art ideologischem Trommelfeuer in den Zeitungen, den Fernsehnachrichten und Talkshows, in Expertengutachten und in den Universitäten vollzieht und verstetigt hat. „Im Verlauf der letzten Jahre ist der Bürger vielleicht nicht gerade mündiger geworden, aber doch etwas schlauer: Jeden Tag droht man ihm mit der Peitsche. Bei Sabine Christiansen sind der Staatsbankrott und die Talfahrt der Wirtschaft

längst Routine geworden.“ (Rossum 2004: 73) Da ist zum zweiten der Diskurs der hohen Löhne und Lohnnebenkosten. Da ist der Diskurs der „Sozialschmarotzer“. Das Sparen, so argumentierten Esser und Fach, führe zwangsläufig zu einem Druck auf die sozialstaatlich ermöglichte, teilweise Dekommodifizierung des menschlichen Arbeitsvermögens. Sie diene unternehmerischen Interessen. Denn wenn die Lohnabhängigen von ihrem Lohn abhängiger würden, weil ihnen der Zugang zu anderen Subsistenzmitteln versperrt sei, wenn zudem die Arbeitslosigkeit ansteige, dann wirke das Sparen wie eine Peitsche und würde in den Betrieben die Fabrikdisziplin und die Konkurrenz miteinander und Isolierung voneinander verstärken. Krankheit und Arbeitslosigkeit würden als Drückebergerei und Ausbeutung des Sozialversicherungssystems unerbittlich diskriminiert, um den Lohnarbeitszwang durchzusetzen und die Lohnabhängigen der bestehenden Herrschaftsordnung zu unterwerfen. Es wurde an die Opferbereitschaft der Bevölkerung appelliert – und wie oft mussten wir seitdem bei der jeder Runde von Steuersenkungen, Sparmaßnahmen, Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge und Leistungsver schlechterungen die Sätze hören, daß „wir über unsere Verhältnisse lebten“ oder der „Gürtel enger zu schnallen“ sei. Diese Disziplinierung trug offensichtlich dazu bei, die Basis der Gesellschaft zu formieren und sie die Austeritätspolitik akzeptieren zu lassen. Die Gewerkschaften konnten geschwächt werden, der Korporatismus, der in der fordistischen Phase eine Stärke war, wurde nun zu einem Opfergang und einer Anerkennung der ideologischen Hegemonie des Unternehmertums (Esser, Fach 1983: 440). Auf diese Weise konnte in den folgenden Jahren eine gewaltige Umverteilung bewirkt werden. Die Sparsamkeitsrhetorik kontrastierte

nämlich auffällig mit der Wirklichkeit: Die Gewinne der Unternehmen stiegen enorm. Rossum nennt als Ergebnis der Senkung der Körperschaftssteuer durch die Regierung Schröder/Fischer einen Ausfall von 50 bis 60 Mrd. Euro für die drei Jahre 2001-2003. Diese Steuern wurden gesenkt, obwohl in den Jahren zuvor, im Zeitraum von 1993 bis 1998, die Einkünfte aus Unternehmensgewinnen um 100 Mrd. Euro zunehmen konnten, ohne daß sie versteuert worden wären. Er gibt Schätzungen wieder, wonach etwa 400 Mrd. Euro aus Deutschland in Steuer-Oasen geflossen seien (Rossum 2004: 78f).

Über lange Zeit war die Erwartung in den Gewerkschaften, in den sozialen Bewegungen und der Sozialdemokratie, auf verfassungsmäßigem Wege Demokratie zu verwirklichen. Der Sozialstaat, also der Eingriff in die Wirtschaftsordnung, wurde als die höchste Stufe der Demokratie gesehen. Esser und Fach interpretierten in diesem Zusammenhang die Sparaktion – tragischerweise durchgeführt vom linken Sozialdemokraten Matthöfer – als Selbst-Entmachtung des demokratischen Sozialstaats, eine paradoxe Demokratiesicherung durch Demokratieabbau. Es fand ein Politikwechsel und der Abschied vom Keynesianismus statt. Hatte dieser ermöglicht, reformerische Programmatik mit systemstabilisierender Pragmatik in Einklang zu bringen, so blieb mit der Sparpolitik nur noch Pragmatik übrig.

An solche Überlegungen müssen Analysen der Fiskalpolitik heute anknüpfen. Staatliche Einnahmen und Ausgaben, daher auch die Einsparungen und die Politik der Haushaltskonsolidierung, sind immer mit Aspekten der sozialen Herrschaft verbunden. Die Frage, ob Bürger Steuern zahlen und wie viel, ob es sich um direkte oder indirekte Steuern handelt, wie die Verteilung zwischen den staatlichen Instanzen

Bund, Länder oder Gemeinden ausfällt, und wie diese dem Staat als Einnahmen zur Verfügung stehenden Geldmittel dann politisch verwendet werden – das alles sind eminent politische Fragen, die unmittelbar auf den Herrschaftszusammenhang hinweisen. Genau genommen stehen sie im Zentrum der politischen Macht, vor allem demokratischer Macht, denn gerade in der Entscheidungsmacht über die Besteuerung und den Haushalt soll die Prärogative des Parlaments bestehen. Obwohl die Steuern ein erstaunlich politisiertes Thema sind und ständig in den Berichten, Analysen und Talkrunden aufgerufen werden, spielen sie für die Diskussionen in der Linken und den Gewerkschaften eine eher untergeordnete Rolle. Selbst Attac, das ja als ein Bündnis für die Besteuerung von Finanzmarkttransaktionen angetreten war, hat sich insgesamt wenig um eine Politisierung dieses Themas von unten bemüht. Die Politik des Finanzministeriums, ebenso wie die Bedeutung dieses Buchhaltungsministeriums für die Politik der verschiedenen Bundesregierungen, spielt in der öffentlichen Wahrnehmung eine geringe Rolle.

Esser und Fach haben in ihrer Analyse allerdings einen Aspekt außer Betracht gelassen, der uns heute, Jahrzehnte später, viel mehr beschäftigen muss, nämlich die Frage der Ausbeutung über die Besteuerung. „Steuerausbeutung“ der arbeitenden Klassen ist eher die Regel als die Ausnahme (Krätke 2009: 130). Diese Form der Ausbeutung, ebenso wie die Disziplinierung der Lohnabhängigen durch die Sparpolitik, wird durch die staatliche Bewältigung der Krise des Finanzmarktes verstärkt und erhält eine neue Gestalt. Die Regierungen haben die Banken durch Verstaatlichung, durch Bürgschaften und durch Rekapitalisierungen zu Lasten der Steuerzahler gerettet. Noch ist nicht genau absehbar, wie viel Geld diese Rettungsaktionen tatsächlich

kosten werden. Doch schon jetzt lässt sich ein paradoxer Effekt dieser staatlichen Krisenlösung feststellen. Die Banken können sich bei den Zentralbanken mit billigem Geld versorgen, welches sie dem Staat gegen höhere Zinsen ausleihen. Daran und am Verkauf von Staatsanleihen am Markt verdienen die Banken gut. Diese Einnahmen werden umso höher, je höher das Risiko eingeschätzt wird, dass Staaten ihre Schulden nicht zurückzahlen können. Wenn also die Banken und Ratingagenturen die Risiken von Staaten wie Griechenland, Portugal oder den USA als hoch einschätzen, müssen diese für die Aufnahme von Geld auf dem Kapitalmarkt noch mehr Zinsen zahlen. Der ganze Vorgang wirkt wie eine umgekehrte „Zwickmühle“ – was immer die Banken tun, sie können nur gewinnen. Aus der Krise der Banken und Vermögensanleger wurde damit aber eine Krise der Staatsfinanzen. Vor diesem Hintergrund wurde in den vergangenen Monaten in Deutschland und in der Europäischen Union eine neue Austeritätspolitik verfolgt (vgl. zur europäischen Politik und den unterschiedlichen Interessen, die dabei eine Rolle spielen, den Beitrag von *Hans-Jürgen Bieling*). Eine neue Welle der öffentlichen Sparpolitik wurde in Gang gesetzt, Lohn- und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, Entlassungen, Senkung der Ausgaben und Leistungen. In Deutschland ist vorgesehen, in den nächsten fünf Jahren einen Betrag von 60 Mrd. Euro einzusparen, die Koalition von CDU/CSU und SPD hat 2009 die sogenannte Schuldenbremse im Grundgesetz festgeschrieben, also die Festlegung, dass ab 2020 nur noch eine strukturell bedingte Nettokreditaufnahme von 0,35 Prozent des Bruttoinlandprodukts erlaubt sein soll, womit das Maastricht-Kriterium für die Neuverschuldung, maximal 3 Prozent des BIP, noch erheblich verschärft wird

(vgl. zur Schuldenbremse als politischem Projekt den Aufsatz von *Kai Eicker-Wolf* und *Klemens Himpele*). Einzelne Bundesländer wie Hessen haben diese Regelung in die eigene Verfassung übernommen, andere klagen dagegen. Die Folgen für Bildung, öffentliche Kinderbetreuung, Infrastrukturen, Kommunen erweisen sich als negativ. Zu erwarten ist in der Tat, dass neue steuerliche Belastungen und weitere Verschlechterungen öffentlicher Dienstleistungen auf die Bürger zukommen (siehe den Beitrag von *Sabine Reiner*). Dass dies keineswegs nur ein europäisches Problem ist, sondern sich auch in den Städten der USA abspielt, macht der Aufsatz von *Margit Mayer* deutlich.

Worin besteht heute der Herrschaftsakt, wenn er in den 1980er Jahren in der Disziplinierung der Lohnabhängigen in der Fabrik, in der Entsolidarisierung und in der Unterwerfung der Gewerkschaften bestand? Darin, die Steuerausbeutung zu verschärfen, die Disziplin aufrecht zu erhalten und die Zweifel an der kapitalistischen Ordnung zu marginalisieren (dazu trägt auch die „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik bei, deren Widersprüchlichkeit von *Kai Marquardsen* analysiert wird). Vor allem aber wird jeder politische Handlungsspielraum, der sich aus der Verfügung über Haushaltsmittel hätte ergeben können, endgültig eingeschränkt. Egal welche Partei oder Koalition an der Regierung ist, sie wird nur noch die Spatzwänge exekutieren können. Deswegen gilt unverändert die Empfehlung, die seinerzeit Esser und

Fach aussprachen: Da Sparen herrschen ist, ist die Alternative nicht Ausgeben, sondern Veränderung. Dazu bedarf es aber dringend einer kritischen Politisierung der Fiskalpolitik als einer der zentralen Felder neoliberaler Formen kapitalistischer Herrschaftsausübung.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe setzt sich mit den aktuellen Umbrüchen in der arabischen Welt auseinander. *Ingar Solty* analysiert die gerade angelaufene westliche Intervention in Libyen vor dem Hintergrund der politischen Ökonomie des Gaddafi-Regimes. *Sabah Alnasser* untersucht die revolutionären Erschütterungen vor dem Hintergrund der längerfristigen sozialen und ökonomischen Entwicklung des arabischen Raumes und seiner politischen Systeme.

Thematisch zur letzten Ausgabe der PROKLA *Nie wieder Krieg?* und dort auch schon angekündigt, gehört der Beitrag von Heide Gerstenberger. Sie untersucht die Ursachen der neuen Piraterie und die Art und Weise wie Deutschland und die EU darauf militärisch reagieren.

Esser, Josef, Fach, Wolfgang (1983): Sparen und Herrschen. Über den Zusammenhang von fiskalischer Knappheit und autoritärer Politik; in: H.H. Hartwich (Hg.), *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*, Opladen.

Krätke, Michael (2009): Kritik der öffentlichen Finanzen, in: *PROKLA* 154, S.119-139.

Rossum, Walter van (2004): *Meine Sonntage mit „Sabine Christiansen“*. *Wie das Palaver uns regiert*, Köln.

PROKLA 164: Kritik der Wirtschaftswissenschaften (September 2011)

Dass die herrschenden Wirtschaftswissenschaften im 21. Jahrhundert auf der Höhe des real existierenden Kapitalismus wären, lässt sich ernsthaft kaum vertreten. Nicht weil sie die letzte Finanzkrise nicht vorhergesehen hätten, sondern weil ihnen die theoretischen Instrumente fehlen, auch nur im Nachhinein diese und andere Krisen angemessen zu verstehen. Der Vorwurf der Realitätsferne an die Adresse der dominierenden neoklassischen Theorie ist alles andere als neu. Selbst der Popper-Schüler Hans Albert erhob ihn in den frühen 1960er Jahren gegenüber einer Wissenschaft, die sich in der Konstruktion von eleganten Modellen gefiel, in denen sämtliche Akteure sich stets rational verhielten und die Wirtschaft ein System von Anpassungen und wiederkehrenden Zuständen des Gleichgewichts darstellte, das allenfalls von außen gestört werden konnte. An dieser Realitätsverweigerung hat sich auch vier Jahrzehnte später nichts Grundsätzliches geändert.

Nachdem die deregulierten Finanzmärkte 2008 in eine massive Krise geraten waren, sahen sich die USA und Deutschland genötigt, die größten Konjunkturpakete ihrer Geschichte zu verabschieden. Der Glaube an die ominösen „Selbstheilungskräfte der Märkte“ war erschüttert und für manche schien es schon so, als werde die Neoklassik vom Keynesianismus entthront. Inzwischen sieht es nicht mehr danach aus, und es wäre zu diskutieren, ob dies nur an den institutionellen Kräfteverhältnissen oder nicht auch an inhaltlichen Defiziten keynesianischer und postkeynesianischer Strömungen liegt. An den Universitäten dominiert nach wie vor die Neoklassik, wo sie sogar für eine Neugewichtung der Schwerpunkte des Faches Wirtschaftswissenschaften sorgte: gegenüber einer Makroökonomie, die im Verdacht steht, den Weg des reinen (Markt)Glaubens ein Stück weit zu verlassen, gewann die Mikroökonomie beständig an Boden. Damit einhergehend etablierten sich neuere Ansätze, wie etwa die *behavioral economics*, die den überholten *homo oeconomicus* mit etwas realistischeren Attributen versieht, wobei aber zu fragen ist, ob diese Erweiterungen bloße Modernisierungsphänomene sind oder tatsächlich neue Einsichten liefern. Parallel dazu hat auch die Betriebswirtschaftslehre immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Grundlegende Einwände gegen die herrschende Ökonomik – etwa feministische Kritiken an der (scheinbaren) Geschlechtslosigkeit der Ökonomie, die Diskussion der ökologischen Grenzen des auf „Wachstum“ fixierten Kapitalismus oder die weltweit destruktiven Auswirkungen von Freihandel und deregulierten Märkten – spielen in der herrschenden Wirtschaftswissenschaft jedenfalls keine große Rolle. Um eine kritische Diskussion der herrschenden Volkswirtschaftslehre und ihrer Modernisierungsbemühungen soll es jedoch in dem geplanten Heft der PROKLA gehen.